

DEMOKRATIE
BRAUCHT VIELE
STIMMEN.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE **ANDREA GOURD**

Millionen Websites, Apps und Medienangebote vermitteln den Eindruck grenzenloser Auswahl. Der Medienwissenschaftler Martin Andree kommt bei seiner Vermessung der digitalen Welt zu einem anderen Ergebnis: Ein großer Teil unserer Aufmerksamkeit konzentriert sich auf wenige Tech-Konzerne – und daran habe auch die europäische Regulierung bislang wenig geändert. Im PZ-Interview erklärt Andree, warum er darin ein demokratisches Problem sieht.

PZ: Herr Andree, Sie haben für Ihr neues Buch die digitale Welt erneut vermessen. Was hat Sie dabei am meisten erschreckt?

Martin Andree: Dass die massive Monopolisierung mathematisch quasi identisch ist wie vor sechs Jahren – obwohl der Digital Markets Act der EU genau das eigentlich regeln sollte. Überrascht hat mich das allerdings nicht. Wir sehen ja täglich, wie unabhängige Anbieter von den Tech-Konzernen immer mehr an die Wand gedrückt werden.

Dabei scheint die Auswahl im Internet grenzenlos zu sein. Millionen Websites, Apps und Medienangebote sind nur einen Klick entfernt. Wie vielfältig ist unsere digitale Welt tatsächlich?

Genau deshalb ist das Problem so schwer erkennbar: Bei 18 Millionen unterschiedlichen Angeboten scheint Vielfalt mehr als gewährleistet zu sein. Entscheidend ist aber nicht, was irgendwo theoretisch existiert, sondern was tatsächlich genutzt wird. Und da stellen wir fest, dass vor allem die Tech-Monopole stark genutzt werden. Wir messen diese Konzentration mit dem Gini-Koeffizienten. Er liegt zwischen 0 und 1: Null bedeutet völlige Gleichverteilung, eins maximale Konzentration. Bei der Verteilung der Aufmerksamkeit in digitalen Medien kommen wir auf einen Wert von 0,987. Das zeigt ein geradezu unvorstellbares Ausmaß an Monopolisierung.

Nun sind Google, YouTube, Instagram und andere Plattformen auch deshalb so groß, weil Millionen Menschen sie freiwillig nutzen. Warum wird dieser wirtschaftliche Erfolg zu einem Problem für die Demokratie?

Medienmonopole sind grundsätzlich abzulehnen. Das gilt bei staatlicher oder autoritärer Kontrolle. Es gilt aber auch dann, wenn Privatkonzerne die Monopole kontrollieren. Stellen Sie sich vor, ein Mega-Unternehmer hätte im 20. Jahrhundert in Deutschland alle redaktionellen Medien kontrolliert. Auf Kritik an diesem Monopol hätte er sagen können: „Ich habe doch Tausende Journalisten unterschiedlicher politischer Couleur, die völlig unabhängig arbeiten. Redaktion und Management sind getrennt – wo ist das Problem?“ Das hätten wir zu Recht niemals akzeptiert. Und wir sollten es im digitalen Raum genauso wenig hinnehmen. Prinzipiell ist es egal, ob Oligarchen die Öffentlichkeit durch direkten Einfluss oder durch Algorithmen beherrschen. Medienmonopole haben in Demokratien nichts zu suchen.

Aber jeder kann Google oder Instagram verlassen und andere Angebote nutzen. Überschätzen Sie die Macht der Plattformen nicht?

Die digitalen Medien kontrollieren etwa 60 Prozent der massenmedialen Aufmerksam-

keit und damit das Fundament der politischen Meinungsbildung in unserer Demokratie. Die Plattformen bestimmen wesentlich mit, was die Menschen zu sehen bekommen – vor allem durch algorithmische Feeds und jetzt sogar durch KI-Zusammenfassungen. Wenn Menschen Inhalte von Monopolisten also quasi direkt und von oben eingeflößt bekommen: Woher sollen sie dann überhaupt wissen, wonach sie suchen könnten? Deswegen greift auch die medienpolitische Forderung nach „Auffindbarkeit“ redaktioneller Inhalte viel zu kurz.



Ein Mahner der Branche: Medienwissenschaftler Martin Andree.

FOTO: HEIKO LASCHITZKI

DAS PZ-INTERVIEW

„Wir erleben gerade eine massive Krise der Pressefreiheit“

Medienwissenschaftler **Martin Andree** warnt vor der Monopolstellung der Tech-Riesen. Wie Künstliche Intelligenz die Entwicklung verschärft – und was Politik und Medien dagegen tun müssten, erklärt er im PZ-Interview.

Martin Andree

... ist Medienwissenschaftler und lehrt an der Universität zu Köln. In seinem Buch „Krieg der Medien“ (2025) hat er die Folgen der Plattformmacht für Medienfreiheit und Demokratie untersucht. Für „Vermessung der digitalen Welt“ (2026) hat er anhand von Nutzungsdaten analysiert, wie sich unsere Aufmerksamkeit im Netz tatsächlich verteilt und wie dominant Big Tech inzwischen ist. pm

wiesen, man wolle das Internet „zensieren“ und die Meinungsfreiheit einschränken. Das halte ich für falsch. Meinungsfreiheit lässt sich auch unter Bedingungen von Anonymität ermöglichen, ohne die Monetarisierung von Straftaten zu erlauben.

Nun kommt Künstliche Intelligenz hinzu. Google und andere Anbieter beantworten Fragen zunehmend selbst, statt Nutzerinnen und Nutzer zu den ursprünglichen Quellen weiterzuleiten. Was verändert das?

Unsere aktuellen Messungen zeigen ein dramatisches Bild. Google beispielsweise kann die Nutzungsdauer massiv erhöhen. Das dürfte sicher auch mit „Zero Click Content“ zusammenhängen: Zunächst waren es Übersichten und Snippets, inzwischen zusätzlich KI-Zusammenfassungen. Die redaktionellen Anbieter der Inhalte werden dabei quasi enteignet – und Google frisst sich auf deren Kosten noch voller.

Was heißt das konkret für Journalismus? Wir erleben gerade eine massive Krise der Pressefreiheit. Die Spiegel-Affäre von 1962 ist ein Klacks dagegen. Pressefreiheit ist nämlich nicht nur dann bedroht, wenn staatliche Akteure intervenieren wie damals. Sie ist auch gefährdet, wenn Journalismus unter den Bedingungen digitaler Monopole seine Sichtbarkeit und damit seine Stimme verliert – und unter den Bedingungen von Polarisierungsalgorithmen auch noch inhaltlich unfrei wird. Im Gegensatz zu 1962 gibt es allerdings keinerlei Protest. Nirgends.

Die äußeren Bedingungen sind das eine. Aber was können Zeitungen und Rundfunk selbst besser machen? Haben auch die Medien Fehler im Umgang mit den Plattformen gemacht?

Unter Monopolbedingungen ist das Problem unternehmerisch oder durch Innovationen nicht lösbar. Erstaunlich ist, dass die redaktionellen Medien über die Zerstörung der Pressefreiheit selbst kaum berichten. Journalisten sagen oft, man dürfe sich nicht „mit einer Sache gemein“ machen – aber ich halte es für grundfalsch, sich

Experten: KI-Dialog zwischen USA und China nötig

In der Debatte um Sicherheit in Künstlicher Intelligenz haben Experten bei einem Sicherheitsforum in Peking einen Dialog zwischen den KI-Vorreiterländern USA und China gefordert. In den Beziehungen zwischen den USA und China sei KI ein Bereich für Zusammenarbeit und Wettbewerb, sagte US-Experte für Sicherheitsfragen in Asien, David Finkelstein, zum Auftakt des Xiangshan-Forums. „Allein aus diesen beiden Gründen müssen sich beide Seiten zusammensetzen und darüber sprechen“, sagte er. Der frühere chinesische Botschafter in den USA, Cui Tiankai, verwies auf die Rede von Staatschef Xi Jinping bei der KI-Weltkonferenz in Shanghai im Juli. Der Grundgedanke sei, dass der Mensch im Mittelpunkt stehe und KI für das Gute eingesetzt werde. dpa

nicht mit der Pressefreiheit „gemein zu machen“. Bei der Spiegel-Affäre hat man das auch getan – zum Glück für Rudolf Augstein. Zuletzt könnten redaktionelle Medien viel stärker alternative Plattformen wie Mastodon oder BlueSky nutzen – und aktiv in den Beiträgen darauf verweisen.

Europa hat mit dem Digital Markets Act und dem Digital Services Act Regeln für große Plattformen geschaffen. Sie halten das für unzureichend. Was müsste die Politik konkret tun?

Tragisch ist, dass Monopole regulatorisch prinzipiell leicht für Wettbewerb zu öffnen wären. Das haben wir in Deutschland bei der Deutschen Telekom selbst bewiesen. Ähnliche Mechanismen könnte man beispielsweise über den Medienstaatsvertrag umsetzen. Zusammen mit Prof. Nikolaus Peifer habe ich 2024 dazu eine Ausarbeitung veröffentlicht, in der wir zeigen, wie das konkret umgesetzt werden könnte. Aber die Medienpolitik traut sich nicht, dieses Wurzelproblem der Tech-Monopole zu lösen.

Zugang zu Gleis nur mit Ticket?

■ Verkehrsminister sieht darin Potenzial für mehr Sicherheit – und verweist nach Frankreich.

BERLIN. Bundesverkehrsminister Steffen Bilger kann sich Zugangskontrollen an großen deutschen Bahnhöfen vorstellen. Im Fernverkehr könne es sinnvoll sein, den Zugang zu den Bahnsteigen stärker an eine gültige Fahrkarte zu knüpfen, sagte der CDU-Politiker den Zeitungen der Funke Mediengruppe. „In anderen Ländern ist es teilweise üblich, dass man im Fernverkehr nur mit der Fahrkarte ans Gleis kommt. Das System ist in Deutschland nicht direkt kopierbar, weil wir historisch gewachsene Bahnhöfe haben.“ Er halte den Ansatz aber grundsätzlich für sinnvoll und sehe Potenzial, ihn auch in Deutschland weiterzuentwickeln. In Frankreich und Großbritannien etwa sind solche Kontrollen bereits verbreitet. Dort gelangen Reisende an vielen Bahnhöfen nur nach elektronischer Ticketprüfung durch Zugangsschleusen zu den Bahnsteigen. „Der Bahnverkehr in Deutschland wird als offenes System geführt. Reisende brauchen weder beim Eintritt in den Zug ein Ticket mit Reservierung, wie etwa beim französischen TGV, noch gibt es Zugangsbarrrieren an Bahnsteigen“, hieß es beim Bundesverkehrsministerium auf Anfrage. „Die Bahn prüft derzeit ein ganzes Bündel an Maßnahmen, um zusammen mit Bund und Ländern die Sicherheit für die Kunden und Beschäftigten weiter zu verbessern.“ dpa



Will das Bahnfahren sicherer machen: Verkehrsminister Steffen Bilger (CDU).

FOTO: MARCUS BRANDT/DPA

Lkw-Branche fordert Tempo

HANNOVER. Die Nutzfahrzeugindustrie sieht sich beim Umstieg auf klimafreundliche Antriebe durch den schleppenden Ausbau der Infrastruktur deutlich ausgebrems. „Europaweit mangelt es noch immer an Lade- und Wasserstofftankinfrastruktur mit den begleitenden Energienetzen. Die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist riesig“, teilte die Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie (VDA), Hildegard Müller, zur Eröffnung der Nutzfahrzeugmesse IAA Transportation in Hannover mit. dpa

SPARPLÄNE

IAB: Kürzerer Arbeitslosengeld-Bezug würde Problem nicht lösen

NÜRNBERG. Eine Kürzung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld – etwa für ältere Arbeitslose – würde nach einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) keine durchschlagende Verbesserung für die Finanzsituation der Bundesagentur für Arbeit bringen. „Eine Begrenzung der maximalen Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes birgt ein gewisses Einsparpo-

tenzial und könnte die Anreize stärken, schneller Beschäftigung zu finden“, sagte IAB-Direktor Bernd Fitzenberger. Derzeit ist die Bezugsdauer entsprechend dem Alter von Arbeitslosen gestaffelt. Wer jünger als 50 Jahre ist, kann Arbeitslosengeld nur für zwölf Monate beziehen, ehe er in die Grundsicherung wechselt. Mit zunehmendem Alter steigt die Dauer bis auf maximal 24 Monate. dpa

AUCH IN CHINA GEFRAGT

100.000 Bestellungen für iX3 von BMW allein in Europa

MÜNCHEN. Ein Jahr nach der Premiere des neuen BMW iX3 haben allein in Europa 100.000 Kunden das Fahrzeug bestellt. Das ist dem Konzern zufolge der beste Start eines Modells der Münchner im ersten Jahr der Verfügbarkeit. Auch in anderen Märkten wie China, wo der iX3 seit kurzem bestellbar ist, sehe man großes Interesse an dem E-Auto. Dort nennt BMW aber keine konkreten Zahlen. „100.000

Bestellungen innerhalb eines Jahres sind ein großartiger Start für die Neue Klasse, deren Roll-out weiter an Geschwindigkeit gewinnt“, sagt Vertriebsvorstand Jochen Goller. „Dies gibt uns zusätzlichen Antrieb für die Zukunft der Elektromobilität.“ Bis Ende 2027 will BMW insgesamt 40 neue und überarbeitete Modelle mit Technologien der Neuen Klasse auf den Markt bringen. dpa

BERTELSMANN-STUDIE

Viele junge Deutsche wollen Firmen gründen – wenige tun es

GÜTERSLOH. 40 Prozent der jungen Menschen in Deutschland haben laut Bertelsmann Stiftung Interesse an einer Firmengründung. Konkret umgesetzt haben diesen Schritt aber nur drei Prozent der im April 2026 repräsentativ befragten 14- bis 25-Jährigen. Fast jeder Zehnte hat die feste Absicht, sich bis zu seinem 30. Geburtstag selbstständig zu machen. 29 Prozent der Befragten dagegen schlie-

ßen eine Firmengründung für sich aus, wie die Stiftung in Gütersloh mitteilte. Die Autoren fordern deshalb, die Barrieren für eine Firmengründung zu beseitigen. Bei den Gründen, aus denen sie den Schritt nicht wagen, sagen 61 Prozent, dass sie ein sicheres Anstelltenverhältnis bevorzugen. Fehlendes Wissen geben 48 Prozent als Grund an, und 39 Prozent schreckt der Stress ab. dpa